Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 180. Abendblatt. Freitag, den 17. April 1868.

## Deutschland.

□ **Berlin,** 16. April. Se. K. H. der Kronprinz wird seine Reise nach Italien über München machen. Der König von Baiern hat den Kronprinzen auf amtlichem Wege sein Bedauern aussprechen lassen, wenn er, durch Unwohlsein verhindert, ihn nur in seinen Gemächern empfangen und nicht mit den ihm gebührenden und am baierischen Hofe üblichen Auszeichnungen aufnehmen könne. Der König von Baiern ist bekanntlich schon seit einiger Zeit erkrankt. — In französischen hohen Kreisen hat das Eingehen der „Situation" einen angenehmen Eindruck gemacht. Das Blatt hat es nicht über 80 Abonnenten gebracht und einen Zuschuß von 40,000 Frcs. monatlich erhalten. Eigenthümlich ist es, daß sich die „France" bereit erklärt hat, die Abonnenten der „Situation" zu übernehmen. Das neuerdings in Dresden begründete Hietzinger Organ, das „Bulletin international", scheint in die Stelle der „Situation" eintreten zu sollen. Dasselbe sympathisirt mit den süddeutschen Demokraten und Republikanern, findet, daß die Zukunft Deutschlands in den Händen der Feinde Preußens liege und deutet, wenn schon noch verblümt, auf eine föderalistische Republik entgegen der jetzigen Konstituirung der Staaten hin. — Den französischen alarmirenden Agitationen gegenüber, die jede Frage zu einer Kriegsfrage machen, äußert sich auch die „Opinione nationale" eingehend über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Das Blatt hält dem französischen Publikum vor, wie Unrecht es thue, die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern fortdauernd in Frage zu stellen, statt sie zu befestigen, und sie durch das Vorgeben zu stören, daß das Ansehen Frankreichs durch die Neugestaltung Deutschlands Abbruch erlitten habe. Das sei in keiner Weise der Fall. Viel verschulde hierbei die Regierung dadurch, daß sie zwischen zwei Systemen hin und her schwanke und keinen bestimmten Entschluß fassen könne, sich für das Eine oder Andere zu entscheiden. Dies werde aber so lange fortdauern, bis die Regierung der Nation die nöthige Mitwirkung bei der Berathung der öffentlichen Angelegenheiten einräume. Eigenthümlich klingt diesem Bekenntniß gegenüber die Aufstellung der „Revue moderne", daß Frankreich bei einem Kriege mit Preußen schon in seinen liberalen Institutionen große Chancen für sich habe, um die außer der „Opinione nationale" noch manche Andere Frankreich nicht beneiden. — Mehrfachen falschen Nachrichten in den Zeitungen gegenüber können wir mittheilen, daß der Kriegsminister von Roon, so viel jetzt bestimmt ist, etwa Mitte Mai hierher zurückkehren und alsbald nach seiner Rückkehr die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen wird. — Der in Ruhestand versetzte hessen-darmstädtische Kriegsminister v. Grolmann hat bis jetzt einen Nachfolger nicht erhalten. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die Besetzung dieses Postens überhaupt nicht wieder erfolgen wird. Und bei objektiver Betrachtung des Sachverhältnisses kann in der That mit Grund behauptet werden, daß für die militärische Verwaltung der hessischen Division, die bekanntlich einen Theil der norddeutschen Bundesarmee bildet, ein besonderes Ministerium nicht erforderlich ist. Es wird mit dem Wegfall desselben zugleich eine Quelle von Differenzen zugestopft, die hie und da bis jetzt vorgekommen sind. — Die „Elberfelder Ztg." erwähnt den hier zum Schutze der Auswanderer begründeten Privatverein und knüpft daran einige ganz falsche und alberne Nachrichten. An der Spitze des Vereins soll nach dieser Zeitung der Dezernent für Auswanderer-Angelegenheiten im Ministerium des Innern Geh. Rath Lüdemann stehen und der Verein überhaupt ein Contrecoup des Ministers Grafen Eulenburg gegen den Bundes-Kanzler Grafen Bismarck sein. Wie gut der Korrespondent unterrichtet, beweist schon der Umstand, daß Geh. Rath Lüdemann nicht Dezernent für Auswanderer-Angelegenheiten im Ministerium des Innern, sondern Chef der I. Abtheilung des Polizeipräsidiums ist und dem in Frage stehenden Verein nicht als Beamter, sondern als Privatperson vorsteht. Die ganze Nachricht beruht daher auf falschen Thatsachen und giebt nur einen neuen Beweis dafür, daß einige Demokraten und National-Liberalen noch immer nicht von der fixen Idee geheilt sind, daß zwischen dem Grafen Bismarck und Grafen Eulenburg ein Gegensatz besteht.

**Berlin,** 17. April. Se. Maj. der König arbeitete gestern mit dem General v. Podbielsky und dem Chef des Militär-Kabinets v. Treskow; die Besichtigung des Lehr-Infanterie-Bataillons zu Potsdam war abgesagt worden. Mittags $12\frac{1}{2}$ Uhr stattete der Kronprinz dem Königspaare einen Abschiedsbesuch ab. Die für gestern Abends bestimmte Soirée findet heute statt.

— Der Kronprinz hat gestern um $12\frac{3}{4}$ Uhr mit dem Gefolge auf der Anhalter Bahn die Reise nach Turin und Florenz angetreten. Das Diner fand in Leipzig statt und in München wurde in Folge der Einladung des Königlichen Hofes das Nachtlager genommen. Ende April wird die Rückkehr des Kronprinzen aus Italien erwartet.

— Die Frau Kronprinzessin kehrt am 26. d. M. von Gotha nach dem Neuen Palais zu Potsdam zurück.

— (Post.) Da die Süddeutschen den Preußen und dem ganzen Norden gegenüber wieder einmal so sehr auf ihr vorzügliches Deutschthum pochen, so wird es nicht unstatthaft sein, auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der die Ansichten über diesen Punkt zu berichtigen geeignet ist. Kein norddeutsches Land ist je von einer fremden Macht an sich gerissen worden; keines, das zeitweis unter fremde Herrschaft gerieth, hat seine Nationalität nicht muthig gewahrt und erhalten; keines, das an fremde Nationalitäten grenzte, hat ihnen nicht weite Länderstrecken abgerungen, hat nicht Hunderttausende germanisirt, und den Umfang und die Kraft des Reiches beträchtlich vermehrt. In so hohem Grade ist dies geschehen, daß der Schwerpunkt deutscher Macht und Bildung in Preußen, eine norddeutsche Kolonie, gefallen ist, und das den Polen, Wenden, Tschechen und Dänen abgewonnene Kolonial-Land ein volles Drittel des heutigen Deutschland beträgt. Damit vergleiche man nun die entsprechenden süddeutschen Verhältnisse. Süddeutschland hat niemals eine Kolonie gehabt. Seine Söhne stifteten vermittelst fürstlicher Heirathen das österreichische Reich, aber sie konnten nur Land erwerben, keine Fremden verdeutschen. Fremd stehen sie noch heute den Polen, Magyaren, Tschechen, Slovenen, Slovaken rc. gegenüber und werden neuerdings in ihrem eigenen Reich aus dem Hause gewiesen. Aber nicht genug, daß sie mit der Wucht der deutschen Nation hinter sich unvermögend gewesen sind, auf diese fremden Elemente eine geistige oder wirthschaftliche Attraktion auszuüben, haben sie selber dem Einfluß der Fremden unterlegen. In Ungarn ist der Deutsche stolz darauf, enge Hosen anzuziehen und magyarisch zu radebrechen; in Südtyrol prunkt er mit seinem neuen Italienerthum und sieht mitleidig auf die plumpen Jockels und Michels des Gebirges herab, in Galizien duckt er unter vor der polnischen Propaganda, in Böhmen fängt er eben erst an, ein Lebenszeichen zu geben. Sollen wir das Bild vervollständigen? Sollen wir uns schamroth machen mit der Erinnerung, daß im deutschen Schweizerlande bis zu unseren jüngsten Siegen der Name „Dütscher" ein Schimpfname gewesen ist? Sollen wir jenes anderen, ehrenwerthen allemannischen Stammes gedenken, der in Elsaß und Lothringen begeistert ruft: „Mer sein Franzosen!" Dies also ist der süddeutsche Stolz auf die eigenen nationalen Eigenthümlichkeiten, dies die Kraft, mit der sie vertheidigt worden sind. Das Resultat von alledem ist ein trauriges, aber es muß gezogen werden, ehe es damit besser werden kann. Der Süddeutsche hat weder dem Franzosen, noch dem Italiener, noch dem Ungar, noch dem Slaven gegenüber ein Nationalgefühl; er hat es nur gegen den Norddeutschen. Er kann sich dem Fremden gegenüber nicht geltend machen, wohl aber mit seinem Bruder zanken. Zu weich und impressibel, um sich im Auslande zu behaupten, ist er gerade aktiv genug, um in der Heimath zu neiden und zu nörgeln. So ist es gekommen, daß er Alles, was er für das Reich hätte erwerben und halten sollen, verloren und vergeudet hat, und nunmehr die Erneuerer des Reiches selbst geringzuschätzen wagt. Hoffen wir, daß die Zeit nicht ferne ist, wo er durch eine innige Verbindung mit dem Norden sowohl sich selber, als uns wieder achten lernt, aber sagen wir ihm, bis das geschieht, die Wahrheit.

— Der „H. B. H." wird aus offiziöser Quelle von hier berichtet, die Nachricht sei verfrüht, daß die preußische Vermittelung in Darmstadt bereits zu einer Erledigung der Differenzen geführt habe. Die Korrespondenz fügt hinzu: „Diese Differenzen werden hier sehr ernst genommen, wie sich schon daraus ergiebt, daß man einen so hohen Offizier, wie den General v. Bonin, deshalb nach Darmstadt entsandt hat. Es handelt sich nicht um rein dienstliche oder technische Fragen, sondern um die dem Großherzogthum obliegenden Verpflichtungen gegen den norddeutschen Bund, und je bekannter die Abneigung der Großherzoglichen Regierung gegen denselben ist, um so begreiflicher ist es, daß ihr Ernst vertragsmäßig eingegangener Verpflichtungen eingeschärft wird." Es wird also hier erklärt, daß die Großherzogliche Regierung in ihrer Gesammtheit gegen den norddeutschen Bund, dem ein Theil des Großherzogthums angehört, die größte Abneigung hege. Daraus ergiebt sich doch wohl, daß mit dem Rücktritt des Kriegsministers sehr wenig ausgerichtet ist, sondern vor Allem Hr. v. Dalwigk das Feld räumen müßte, wenn eine loyale Erfüllung der Bundespflichten gesichert werden soll.

— Das Transportschiff „Rhein" der Königlichen Marine hat Befehl zur Fahrt nach Danzig erhalten, um dort Munition in Ladung zu nehmen für den Bedarf des Artillerie-Depots zu Kiel.

— Die Eröffnung der Badesaison für kranke Soldaten in dem preußischen Militär-Bade-Institut zu Teplitz wird in diesem Jahre am 1. Mai stattfinden.

— Aus der Reihe derjenigen Sekonde-Lieutenants des stehenden Heeres, welche während des Feldzuges von 1866 aus dem Unteroffizierstande wegen hervorragender Auszeichnung vor dem Feinde zu ihrer Charge befördert wurden, hat jetzt wieder einer, Lieutenant Krause des 2. Garde-Regiments zu Fuß, es vorgezogen, mit Pension aus der Mitte seiner Kameraden zu scheiden. Die Zahl der noch in der Armee vorhandenen, so beförderten Offiziere beläuft sich gegenwärtig nur noch auf zusammen 14 bei den verschiedenen Waffen.

— Das zur Vorlage bei dem Reichstage bestimmte Gesetz zur Regelung der Verhältnisse der Bundesbeamten soll, wie man der „Zdl. Corr." versichert, insofern günstigere Bestimmungen enthalten, als danach die Pensions-Berechtigung schon mit 10 Jahren eintreten und das Wartegeld auf zwei Drittel erhöht werden soll. Allerdings sollen dabei die Kategorien derjenigen, welche überhaupt zur Disposition gestellt werden können, wesentlich erweitert werden.

— Die Erfahrungen des Feldzuges von 1866 haben den Werth der Telegraphie für Feldkriegszwecke in so hohem Maße dargethan, daß deren Nutzbarmachung auch für den Festungskrieg künftig beabsichtigt wird, unter besonderer Berücksichtigung der durch die Vervollkommnung des Geschützwesens ebenso bedingten wachsenden Entfernungen aller detachirten Forts von den Hauptenceinten der Festungen, und zur Erleichterung eines durch den letzen Umstand wesentlich erschwerten Zusammenwirkens der Besatzungen der verschiedenen Werke. Es sollen deshalb alle wichtigen festen Plätze des Landes nach und nach mit Telegraphennetzen versehen werden, womit bereits in Mainz, Koblenz, Köln und in den schlesischen Festungen vorgegangen worden ist.

**Berlin,** 16. April. (Norddeutscher Reichstag.) 8. Sitzung. Präsident: Dr. Simson. Am Tische des Reichsraths: Präsident Delbrück, zwei Regierungs-Kommissare: später Bundeskanzler Graf Bismarck. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen; die während der Ferien eingegangenen Vorlagen werden theils Kommissionen, theils der Schlußberathung überwiesen. Der Antrag des Dr. Löwe, eine schwebende Untersuchung gegen das Reichstagsmitglied Herrn Duncker bis zum Schluß der Session aussetzen zu lassen, soll durch Schlußberathung im Plenum erledigt werden. Referent: Dr. Baehr. — In die Tagesordnung eingehend, begründet zunächst Abg. Wiggers (Berlin) seine Interpellation: „Ob das Bundespräsidium noch während der gegenwärtigen Session den Erlaß eines allgemeinen Wahlgesetzes und Wahlreglements für den norddeutschen Bund zu veranlassen gedenke." — Der Präsident Delbrück erwidert: Der Bundesrath habe sich schon im vorigen Jahre mit der beschlossenen Vorlage beschäftigt und dies auch während der gegenwärtigen gethan, doch könne er noch keine bestimmte Zusage machen, ob die Vorlage noch in diesem Jahre dem Reichstag vorgelegt werden könne, da die Sache bei der noch längeren Dauer der Legislatur nicht so viele und zunächst dringende materielle Gegenstände den Vorrang benöthigten. — Zweiter Gegenstand ist die Interpellation des Abg. M. Wiggers und Genossen: „1) Ist es zur Kenntniß des Bundespräsidiums gelangt, daß die beiden mecklenburgischen Regierungen gesetzliche Bestimmungen erlassen haben, nach welchen jüdische Glaubensgenossen, welche Grundeigenthum erwerben, von den mit dessen Besitz verbundenen Rechten der Ausübung der Landstandschaft, der Jurisdiktion und eines wesentlichen Theiles der Polizei ausgeschlossen worden sind? eventuell 2) ob und welche Schritte gegenüber diesem im Widerspruch mit dem Bundes-Freizügigkeitsgesetz stehenden Vorgehen der gedachten beiden Regierungen seitens des Bundespräsidiums geschehen sind oder noch beabsichtigt werden." — Der Abg. Wiggers (Berlin) sagt, das Freizügigkeitsgesetz gewähre Jedermann das Recht der Erwerbung des Grundeigenthums, also des Bürgerrechts. Die Ausübung der mit diesem verbundenen Rechte sei im Gesetz unbeschränkt, werde aber durch die mecklenburger Regierungen verhindert, indem diese die Ausübung der Landstandschaft, Jurisdiktion und eines Theiles der Polizei von dem christlichen Glaubensbekenntniß abhängig machen und verlangen, daß die jüdischen Grunderwerber ihre Stellvertreter dafür noch bezahlen. Interpellant fragt, ob der Reichsrath die Gesetze zum Spaß mache? Uebernommene Pflicht des Bundeskanzlers sei es, sie überall zur Geltung zu bringen.

Bundes-Kommissar, Geheimer Rath Graf Eulenburg: Er sei beauftragt, die Interpellation zu beantworten. Der Bundesrath könne in den Anordnungen der mecklenburgischen Regierung einen Widerspruch gegen das Freizügigkeitsgesetz nicht finden. (Hört!) Dieses garantire das Recht des Grunderwerbs. Ob aber Jemand zur Ausübung der Landstandschaft, der Jurisdiktion rc. zuzulassen sei, das könne sehr wohl von dinglichen und persönlichen Eigenschaften abhängig gemacht werden, ohne daß dadurch das Recht der Freizügigkeit berührt werde, und eben so wie der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte Bedingung sei, könne auch das Glaubensbekenntniß als solche angesehen werden. (Unruhe links.) Es sei also nicht Sache des Bundesrathes, in dem Sinne der Interpellation gegen die spezielle Gesetzgebung der Staaten einzuschreiten. — Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der VI. Kommission über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Befugniß zur Eheschließung. — Mehrere Amendements dazu sind eingebracht. — Abg. Miquel findet das Gesetz überhaupt nicht glücklich gefaßt. Besser wäre es gewesen, die polizeilichen Beschränkungen ganz aufzuheben, nicht zu exemplifiziren. Da dies einmal geschehen, müsse es so weit ausgedehnt werden, daß Ausnahmefälle verhindert würden, hinter welche sich die Regierungen und Ortsbehörden, die ohnedem nicht sehr mit dem Gesetz einverstanden wären, verstecken könnten; dahin gehe sein Amendement. — Abg. Graf Bassewitz: Die Freizügigkeit lade den Gemeinden ohnehin große Lasten auf, — das werde man erst recht bei der Armengesetzgebung kennen lernen, — man möge sie nicht noch durch übermäßige Erleichterung frühzeitiger Eheschließungen erhöhen. Letztere führten dazu, daß die Armenunterstützungen auf das Allernothwendigste beschränkt werden, während manche Armengesetze bisher den unverschuldeten Armen eine erträgliche Existenz gewährten. Das Eheproletariat möglichst zu verhindern, beabsichtige sein Amendement. — Abg. Wiggers (Berlin): Die Beschränkung des Eheproletariats vermehrt das uneheliche Proletariat. Die Ehehinderungen seien noch ein Ausfluß der Leibeigenschaft, den man so bald als möglich beseitigen müsse. Der Redner geht speziell auf die Beschränkungen über, welche der Eheschließung in Mecklenburg entgegenständen, wo auf dem Lande der Gutsbesitzer das Wohnungnehmen verhindern könnte. Er giebt auf Grund des mecklenburg-schwerinschen Staatskalenders und anderer Werke Zahlen über das Verhältniß der unehelichen zu den ehelichen Geburten in Mecklenburg. Im Interesse der Civilisation und namentlich der Arbeiterbevölkerung werde er sich über das Zustandekommen des Gesetzes freuen. — Abg. Kratz und Prosch vertheidigen ihre eingebrachten Amendements. — Abg. v. Diest sagt, nach seiner Kenntniß von den Verhältnissen bringe der Gesetzentwurf namentlich den ärmeren Klassen der Bevölkerung ein großes Geschenk, das sehr dankenswerth sei. Er wolle der Gesetzgebung Dank dafür aussprechen: Der Zustand in dieser Beziehung sei namentlich in den kleineren deutschen Staaten unerträglich geworden.

Bundeskommissar Graf Eulenburg: Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, eine allgemeine Fassung zu wählen, um die zahlreichen verschiedenen Riegel fortzuschieben, die in der Gesetzgebung der einzelnen Staaten existiren. Indeß genüge die Fassung. Die Grenze der bürgerlichen und polizeilichen Ehehindernisse zu definiren, sei allerdings schwierig. Bei einem Zusammenhalten der Bestimmungen könne aber wohl kein Zweifel darüber entstehen; eine andere Fassung erscheine wohl nicht nothwendig und er empfehle daher die der Kommission. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) als Referent: Um Mecklenburg eine kleine Linderung zu verschaffen, wolle er konstatiren, daß in Baiern das Verhältniß der unehelichen Geburten noch stärker sei, nämlich 24 Prozent, während es in Mecklenburg 20 Prozent betrage. Ein volkswirthschaftlicher baierischer Schriftsteller habe nachgewiesen, daß, wenn nur diejenigen Personen heiratheten, die nach den dortigen gesetzlichen Beschränkungen heirathen könnten, in 150 Jahren der ganze Staat ausgestorben sein würde. (Heiterkeit.) Wenn das in Mecklenburg, wie der Herr Graf v. Bassewitz gesagt, gesunde Zustände wären, so müsse er gestehen, er ziehe die kranken vor. Man möge doch nur auf Pommern sehen, wo seit 50 Jahren die Verheirathungsfreiheit bestehe und nichts von den schlimmen Prophezeiungen zu merken sei. Das Recht zu heirathen habe nichts mit den Heirathsrechten zu thun. Sache der Gesetzgebung sei es, die Knoten, die in das natürliche Recht geschlungen worden, wieder zu lösen. — Die Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln müsse an und für sich auf das Nothwendigste beschränkt werden, sonst erziehe man ein Geschlecht von Bettlern. — Die Schuld an dem deutschen Vagabondenthum trage die bisherige Gesetzgebung, die Kleinstaaterei. Das einzige Mittel, Deutschland von dieser Krankheit zu befreien, sei die Beseitigung der verrotteten Institutionen. — Wenn man alle bestandenen Beschränkungen speziell hätte beseitigen wollen, würde das Gesetz einen Folioband gefüllt haben. Gewisse Exemplifizirungen hätten aber stattfinden müssen, um Zweifel zu beseitigen. — Späte Ehe machen frühe Waisen! — Preußen sei der erste große Staat, welcher sich von den Beschränkungen befreit, dann Sachsen. Dagegen hätten, veranlaßt durch Landstände, die sich liberal genannt, die Südstaaten Würtemberg, Baiern und Hessen einen Rückweg vorgeschlagen.

In der Spezialdebatte nahm zu §. 1 das Wort der Abgeordnete Grumbrecht: Auch ich halte eine möglichst deutliche Fassung des Gesetzes für dringend nothwendig, finde aber, daß der Kommissions-Entwurf dieser Anforderung weniger entspricht, als die Regierungsvorlage. Die letztere geht weiter als jene, denn sie will das natürliche Recht der Eheschließung

jedem Bürger ohne Beschränkung wiedergeben; der Kommissions-Entwurf dagegen führt nur eine Anzahl spezieller Fälle auf, unter denen eine Ehebeschränkung unzulässig sein soll. Eine derartige Exemplifikation halte ich für sehr gefährlich, denn sie giebt der Partikular-Gesetzgebung die Möglichkeit, jeden Augenblick für einen im Bundesgesetz nicht vorgesehenen Fall neue Beschränkungen einzuführen. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme der Regierungsvorlage. — Referent Dr. **Braun**: Der Vorredner scheint bei der Behauptung, das die Regierungsvorlage jede Beschränkung ausschließe, den Wortlaut derselben nicht im Gedächtnisse gehabt zu haben. Sie verzichtet auf eine Einschränkung der Ehebefugniß nur insoweit, als „diese nicht nach den Vorschriften des bürgerlichen Eherechts erforderlich ist." Durch Beibehaltung dieser Bestimmung würden wir zur Hinterthür das wieder einführen, was wir durch den Anfang des Paragraphen beseitigen wollen. — Abg. Graf **Bassewitz**: Mein Amendement will keineswegs auf das frühere Trauschein-System zurückkommen, es beabsichtigt nur, die nothwendigsten Vorbedingungen der Eheschließung, Wohnung und Gemeindeangehörigkeit, als Forderung aufzustellen. Ein spezielles Interesse des großen Grundbesitzes hat mir dabei fern gelegen; der Mecklenburger Grundbesitzer ist in dieser Beziehung nicht anders gestellt, als der in Pommern und der Mark, ja in Preußen stehen dem Gutsbesitzer sogar kräftigere Mittel zu Gebote, sich eines Erwerbsunfähigen zu entledigen, als in Mecklenburg. Meine Behauptung, daß durch die neue Bundesgesetzung das Vagabundenwesen an Umfang gewinne, ist durch den Hinweis auf die preußischen Verhältnisse durchaus nicht widerlegt. Gerade hier haben die darüber geführten Listen den Nachweis geliefert, daß die Zahl der Vagabunden eher eine steigende als abnehmende ist. — Bundeskommissar Gr. **Eulenburg**: Die Annahme der zuletzt vertheidigten Amendements würde die Wirksamkeit des Gesetzes auf ein Niveau herabdrücken, welches es zweifelhaft erscheinen läßt, ob der Erlaß desselben überhaupt noch gerechtfertigt sein würde. Den Ausführungen derer gegenüber, welche den Sinn des Gesetzes klarer gefaßt wissen wollen, muß ich den Wortlaut der Regierungsvorlage als den besten aufrecht erhalten. Namentlich wird der vom Abg. Dr. Braun angegriffene Satz, daß die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes in den Vorschriften des bürgerlichen Eherechts ihre Grenzen finden sollen, nicht entbehrt werden können. Die Amendement des Abg. Miquel scheint mir, wenn auch unschädlich, so doch überflüssig, während ich in dem Amendement des Abg. Dr. Prosch eine entschiedene Verbesserung des zweifelhaft gefaßten Kommissionsvorschlages sehe.

Abg. **Miquel** vertheidigt sein Amendement, das nach den von ihm gemachten Erfahrungen durchaus nicht bedeutungslos sei. — Der Referent schließt sich der Ansicht des Vorredners an, worauf §. 1 der Kommissionsvorlage mit den Amendements der Abgeordneten Dr. Harnier und Prosch unter Ablehnung des v. Bassewitz'schen Amendements fast einstimmig angenommen wird. §. 2 wird ohne Debatte angenommen, ebenso §. 3, nachdem Graf Bassewitz sein Amendement zurückgezogen, §. 4 desgleichen. Bei §. 5 (die Bestimmungen des bürgerlichen Eherechts werden durch dieses Gesetz nicht berührt) wird das Amendement Evelt abgelehnt, ebenso das Amendement Kratz, und der Paragraph unverändert angenommen. — §. 6 des Entwurfs wird ohne Debatte angenommen. — Ueber das ganze Gesetz soll in der nächsten Sitzung abgestimmt werden, sobald die gefaßten Beschlüsse zusammengestellt sind. — Die Kommission schlägt außerdem folgende Resolution vor: „Für den Fall der Annahme des Gesetzes dem Hrn. Bundeskanzler zu ersuchen, spätestens in der nächsten Session des Reichstages den Entwurf eines allgemeinen Heimathsgesetzes für den norddeutschen Bund dem Reichstage vorzulegen." — Bundeskommissar Graf zu **Eulenburg**: Die Bundesgewalt hat bereits Vorbereitungen getroffen, um dem in der Resolution ausgesprochenen Wunsche nachzukommen. (Beifall.) — Die Resolution wird angenommen. — Es folgen Wahlprüfungen. — Gelegentlich der angegriffenen Gültigkeit der Wahl des Abg. von Helldorf bemerkt Bundeskanzler Graf **Bismarck** unter andern: Ich muß für die Regierungen das Recht in Anspruch nehmen, daß sie durch jedes Mittel und durch jedes Organ kund thun, wen sie selbst gewählt zu sehen wünschen. Es liegt das in der Wahlfreiheit der Regierungen, die eben so gut ihre Berechtigung hat, wie die der Parteien und namentlich der der Regierung entgegengesetzten Partei. Zu wissen, wen die Regierung gewählt zu sehen wünscht, haben die Wähler ein Recht, weil sehr viele Wähler die Absicht haben, für die Regierung im Prinzip zu stimmen, wie andere gegen die Regierung. Damit sie das können, müssen sie unzweideutig über die Wünsche der Regierung aufgeklärt sein, sonst könnte es unter Umständen vorkommen, daß Jemand aus Versehen sogar für die Regierung stimmt. Dies Recht der Regierungen wollte ich konstatiren. Sie haben das Recht so gut wie jeder Privatmann; wozu sie nicht das Recht haben, das sind Drohungen, Inaussichtstellung von Vortheilen, Nachtheilen oder dergleichen. Die Wahl wird nach längerer Debatte für gültig erklärt.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: 1) Zweite Abstimmung über das Eheschließungsgesetz. 2) Antrag Wagner-Planck, gemeinsames Strafrecht betreffend. 3) Antrag Aegidi, Sicherung des Privateigenthums zur See im Kriege. 4) Antrag Löwe (Referent Bähr). 5) Schlußberathung über den Antrag Waldeck (Diäten). 6) Desgleichen über den Antrag Lasker (Redefreiheit).

**Darmstadt**, 16. April. **Prinz Ludwig hat die von ihm eingereichte Demission als Kommandeur der Armee-Division zurückgenommen. Sämmtliche Sektionschefs des Kriegsministeriums sind ihrer Dienste enthoben. Major v. Donnerkeil ist mit der Intendantur-Verwaltung beauftragt.**

## Ausland.

**Wien**, 16. April. Der italienische Gesandte am hiesigen Hofe, Marchese Pepoli, ist nach Ofen abgereist, um dem Kaiser seine Kreditive zu überreichen.

**Pesth**, 14. April. In einer heute abgehaltenen Honvedssitzung beantragte Klapka, Perczel sei aufzufordern, das Präsidium niederzulegen, und der Central-Ausschuß solle von dem Projekte einer allgemeinen Landes-Honved-Versammlung abstehen. Der Vorschlag Klapka's wurde angenommen. (Also Klapka nunmehr wider Perczel, Klapka und Perczel wider Kossuth und Kossuth wider Beide!)

**Pesth**, 16. April. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Finanzminister Lonyay 14 Steuergesetzentwürfe und die Budgetvorlage ein. Danach betragen die ordentlichen Einnahmen 98, die außerordentlichen 47, die ordentlichen Ausgaben 100, die außerordentlichen 35 Mill. Gulden. Die Steuer für Salz wird nicht erhöht, die für Taback ermäßigt.

**Paris**, 16. April. Die „Patrie" sagt, daß die Rede, welche der Minister Baroche in Rambouillet gehalten, den Departements offiziell als ein Ausdruck der französischen Politik bezeichnet sei.

**Paris**, 16. April. „Patrie" bestätigt das Dementi, welches bereits von anderer Seite der Meldung, daß in Paris und Berlin Vorschläge über gemeinsame Entwaffnung ausgetauscht würden, ertheilt worden war. Dasselbe Blatt gedenkt gleichzeitig des befriedigenden Verhältnisses, welches gegenwärtig zwischen den beiden Staaten herrscht.

**Florenz**, 16. April. Die „Nazione" erfährt, daß der Finanzminister heute den Kammern einen Nachtrag zu dem Kriegs- und Marine-Budget vorlegen wird, in welchem weitere Ersparungen im Betrage von 25 Millionen nachgewiesen sind.

**Turin**, 16. April. Die Prinzessin Clotilde, Gemahlin des Prinzen Napoleon, und die Königin von Portugal sind hier eingetroffen, um der Vermählungsfeier ihres Bruders, des Kronprinzen Humbert, beizuwohnen. — Graf Clam Gallas ist in Florenz angekommen.

**Bologna**, 16. April. Von den Arbeitern, welche in den letzten Tagen einen Strike machten, haben die meisten ihre Beschäftigung wieder aufgenommen. Die Stadt ist ruhig, doch werden die militärischen Vorsichtsmaßregeln beibehalten. Es sind viele Verhaftungen vollzogen worden. — Gestern Abend fand eine demokratische Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, den Strike aufzugeben und dem Parlamente eine Petition um Erleichterung der Abgabenlast und gegen die ungerechte Vertheilung der Einkommensteuer zu übergeben. Auch soll die sofortige Freilassung der verhafteten Personen gefordert werden.

**London**, 14. April. Disraeli findet offenbar Geschmack an journalistischer Polemik. Wieder ist heute ein Brief von ihm veröffentlicht — man darf füglich annehmen, nicht ohne seine Einwilligung — in welchem er einem seiner Wähler erklärt, was er mit seiner im Parlament zuletzt gebrauchten Aeußerung, daß die Ritualisten der Hochkirche sich mit den irischen Katholiken gegen die irische Staatskirche verschworen hätten, eigentlich gemeint habe. — Auch von Gladstone ist ein Brief über dasselbe Thema in die Oeffentlichkeit gedrungen. Man wird sich eines anonymen „Eingesandt" im „Herald" erinnern, in welchem behauptet wurde, daß Gladstone, im geheimen Einverständnisse mit den sog. Ultramontanen, das Papstthum in Irland wieder zur Herrschaft bringen wolle. Darauf hin schreibt er an einen seiner Wähler, der ihn auf dieses Eingesandt aufmerksam gemacht hat: „Ich bedaure von Herzen, daß ein Journal sich zu seiner Unehre dazu hergegeben hat, die Verantwortlichkeit für die Veröffentlichung einer solchen Zuschrift zu übernehmen. In soweit, als sie mich betrifft, enthält sie von Anfang bis zu Ende kein wahres Wort."

— Aus Irland wird telegraphisch und von allen Zeitungen über die ungeheure Aufregung berichtet, mit welcher das enthusiastische Volk auf der grünen Insel der Ankunft des Thronerben entgegensieht. Die Frequenz auf der Eisenbahnstrecke von Dublin nach Tralee war in diesen Tagen eine so starke bereits, daß die nach Dublin berichteten Zahlen des Passagierverkehrs dort für unrichtig angesehen wurden. Die Haupttage für diese Linie werden indessen die Sonntage, Donnerstag und Freitag sein. Punchestown heißt der Schauplatz derselben, doch würde die Annahme von dem Städtenamen auf eine vorhandene Stadt zu schließen eine irrige sein. Der Ort ist „Stadt des Punch" genannt worden, eben weil er keine Stadt ist.

**Plymouth**, 16. April. Der Dampfer „Georg" ist heute nach Reparirung der erhaltenen Schäden nach Danzig abgesegelt.

**Petersburg**, 16. April. Die in Pariser Blättern enthaltenen beunruhigenden Nachrichten haben auf die hiesige Börse keinen Einfluß gehabt. — Die aus Mitgliedern des Reichsraths bestehende Tarif-Kommission hat unter Betheiligung des Großfürsten-Thronfolgers die von der früheren Kommission ausgearbeiteten Tarifsätze ohne Abänderung genehmigt. — Nachrichten aus Central-Asien zufolge sind die Beziehungen Rußlands zum Chan von China außerordentlich günstig. Viele Turkmanen treten auf russisches Gebiet über.

**Konstantinopel**, 14. April. Der russische Gesandte General Ignatieff machte gestern bei der Pforte seine offiziellen Besuche und wird noch in dieser Woche eine Audienz beim Sultan haben.

**Belgrad**, 16. April. Der Minister z. D. Ristic wird sich in besonderer Mission nach Berlin und Paris begeben. Das Journal „Vidovdan" konstatirt, daß Seitens der türkischen Regierung Truppen an der serbischen Grenze konzentrirt werden.

## Pommern.

**Stettin**, 17. April. Bekanntlich hatte der Militärfiskus vor einiger Zeit der Stadt gegen eine Entschädigung von 50,000 Thlr. die Beseitigung der Bastion X. angeboten, um das gewonnene Terrain theils zu Straßen und zu einem Marktplatz an die Stadt abzutreten, theils zu Baustellen zu verkaufen, resp. selbst zu verwenden. Der hierüber abzuschließende Rezeß war sodann vom Magistrat im Entwurfe der Stadtverordneten-Versammlung befürwortend vorgelegt, von letzterer in seiner Fassung aber abgelehnt, jedoch zur Anbahnung einer anderweitigen Verständigung eine gemischte Kommission beantragt, in welche der Magistrat auch seinerseits Deputirte entsenden sollte. Diesen Antrag lehnte der Magistrat bekanntlich ab, da nach seiner Auffassung das den Rezeß pure abweisende Votum der Stadtverordneten jedwede Basis zu weiteren Verhandlungen ausschließe. Wie nun die „N. St. Z." glaubwürdig erfährt, hat nunmehr das Kriegsministerium definitiv beschlossen, von dem Thürmchen auf der Mauer an der Oderthorrampe bis zur abgestumpften Ecke der Bastion X. an der Bollwerkstraße eine starke Festungsmauer zu ziehen, um dem Werke so einigen Abschluß zu geben. Es wäre die Ausführung dieses Projekts um so mehr zu bedauern, als damit bei dem großen Mangel an Baustellen innerhalb der Festung ein für Bauten höchst günstig gelegenes Terrain, auf dem voraussichtlich eine Reihe der Stadt zur Zierde gereichender Gebäude entstanden wäre, für lange Zeit entzogen werden würde.

— Die erledigte Domainen-Rentmeister-Stelle in Pyritz ist vom 1. Mai d. J. ab dem Kreis-Sekretär **Koch** zu Ueckermünde und die Kreis-Sekretär-Stelle zu Ueckermünde von demselben Zeitpunkte ab, dem bei der Königlichen Ober-Rechnungskammer beschäftigten Civil-Supernumerar **Maaß** verliehen worden. — Maaß verbleibt in seiner Beschäftigung bei der Königlichen Ober-Rechnungskammer und ist mit der kommissarischen Verwaltung der Kreis-Sekretär-Stelle zu Ueckermünde der Civil-Supernumerar **Jäzer** betraut worden.

— Der Oberst v. Reichenbach, Kommand. des Gren.-Regts. König Friedr. Wilh. VI., ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit Pension und der Regts.-Unif. zur Disp. gestellt; v. Sanden, Maj. z. Disp., zuletzt Hptm. u. Platzmajor in Colberg, mit seiner bish. Pens. nebst Aussicht auf Civilvers. und der Unif. des ostpr. Gren.-Regts. Nr. 1 Kronprinz, der Abschied bewilligt; v. Puttkamer, Port.-Fähnr. vom 8. pomm. Inf.-Reg. Nr. 61, zum Sek.-Lt., v. Duve, Pr.-Lt. von der Inf. 1. Aufg. und interim. Komp.-Führer vom 2. Bat. (pr. Stargardt) 8. pomm. Landw.-Regts. Nr. 61, zum Hauptm. und Komp.-Führer befördert; v. Borcke, Prem.-Lt. von der Inf. 2. Aufg. 1. Bats. (Anclam) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2; Keibel, Pr.-Lt. von der Kavall. 2. Aufg. deff. Bats.; Jäger, Pr.-Lt. von der Art. 2. Aufg. 2. Bats. (Schneidemühl) 3. pomm. Landw.-Regts. Nr. 14; Hemptenmacher, Pr.-Lt. von der Inf. 1. Aufg. 1. Bats. (Cöslin) 2. pomm. Ld.-Regts. Nr. 9; Smalian, Sek.-Lieut. von der Inf. 2. Aufg. 1. Bats. (Schlawe) 6. pomm. Landw.-Regts. Nr. 49, der Abschied bewilligt; v. Wedell, Sek.-Lt. von der Inf. 2. Aufg. 1. Bats. (Inowraclaw) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 54, als Prem.-Lt.; Stettin, Sek.-Lt. von der Inf. 2. Aufg. 2. Bats. (Cöslin) 2. pomm. Landw.-Regts. Nr. 9; v. Versen, Sek.-Lt. von der Kav. 2. Aufg. deff. Bats.; v. Reckow, Pr.-Lt. von der Kav. 2. Aufg. 2. Bats. (Stolp) 6. pomm. Landw.-Regts. Nr. 49; Beeckmann, Sek.-Lt. von der Kav. 2. Aufg. deff. Bats., diesem als Prem.-Lt., allen fünf mit ihrer bish. Unif., wie solche bis zum Erlaß der Kab.-Ordre v. 2. April 1857 getragen wurde, — der Abschied bewilligt; v. Düring, Major a. D., früher im ehemals hannov. 3. Inf.-Regt., zuletzt im 3. pomm. Inf.-Regt. Nr. 14, mit seiner Pension zur Disp. gestellt.

— Mittelst Allerhöchster Ordre vom 11. v. M. ist zur Errichtung einer katholischen Pfarrei in Colberg, Regierungsbezirk Cöslin, unter Abtrennung von dem bisherigen Pfarrverbande mit der Kirche zu Cöslin, die staatliche Anerkennung ertheilt worden. Zufolge der fürstbischöflichen Errichtungs- und Umschreibungs-Urkunde gehören zu dieser neu errichteten Pfarrei: a) jener Theil des Kreises Fürstenthum (Cöslin), der im Norden von der Ostsee, im Westen und Süden durch die Kreisgrenze und im Osten durch eine Linie von dem Dorfe Passow bis Funkenhagen begrenzt ist (so daß die Dörfer Passow, Warmin, Barchmin, Kordeshagen, Hohenfelde und Funkenhagen noch bei Cöslin verbleiben) und b) der ganze Kreis Greifenberg mit den Städten Greifenberg und Treptow.

— Vom 20. d. Mts. ab geht der Ort Neuenkirchen nebst Ausbauten (darunter Neu-Amerika) von dem Bestellbezirke von Neutorney auf den von Grambow über.

— In den Tagen vom 11. bis inkl. 15. April wurden hier an Getreide eingeführt: 4520 Wspl. 20 Scheffel Weizen, 3734 Wspl. 2 Schffl. Roggen, 1253 Wspl. 14 Schffl. Gerste, 301 Wspl. 3 Schffl. Hafer, 269 Wspl. 14 Schffl. Erbsen, 770 Wspl. 16 Schffl. Kartoffeln.

— Der Frau Buchhalter K. ist bei Gelegenheit des Umzuges aus ihrer Wohnung eine goldene Cylinderuhr mit langer goldener Kette, an der sich eine in einer Kapsel befindliche Photographie nebst goldenem Schlüssel mit Pferdekopf befand, gestohlen worden.

## Schiffsberichte.

**Swinemünde**, 16. April, Vormittags. Angekommene Schiffe: Sophie, Sörensen; Stolp (SD), Ziemke von Kopenhagen. In Sicht: Lady of the Lake, Spindley von Newcastle. Wind: W. Revier 14½ F. Strom ausgehend. 1 Dampfer ostwärts ankommend.

— 16. April, Nachmittag. Mathilde, Schwartz von Kopenhagen. Wilhelm Tell (SD), —. Erndte (SD), Dehnike von Stolpmünde. Nordstern (SD), Walff von Elbing. Wind: SW. Revier 14½ F. Strom ausgehend.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 17. April. Witterung: regnigt. Temperatur + 7 ° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen anfangs fest, Schluß sehr matt, per 2125 Pfd. loco nach Qualität gelber inländischer u. märker 103—107 Rt, feiner 108 Rt bez., ungarischer 90—103 Rt bez., bunter 100—105 Rt bez., weißer 106—112 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 104½, 105, 104¾ Rt bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 103¾ Rt bez. u. Br., Juni-Juli 103, 102¾ Rt bez. u. Br.

Roggen schließt matt, pr. 2000 Pfd. loco nach Qualität 70—74½ Rt bez., Frühjahr 72½, ¼, 72 Rt bez. u. Gd., Mai-Juni 72, 71½, ¼ Rt bez., Juni-Juli 70¾, ½, ¼ Rt bez., 70½ Br. u. Gd., Juli-August 65½ Rt Br., Sept.-Oktober 59 Rt Br.

Gerste unverändert, per 1750 Pfd. loco Oderbruch 53, 53½ Rt, mähr. u. schles. 54—55 Rt bez.

Hafer per 1300 Pfd. loco 37—38 Rt bez., Frühjahr 47—50pfd. 38 Rt bez.

Erbsen Futter- loco 65—67 Rt, Koch- 70 Rt bez.

Wicken loco per 2250 Pfd. 52 Rt bez.

Rappkuchen fremde frei Bahn gestern 1 Rt 27 Sgr bez., heute 1 Rt 27½ Sgr bez.

Rüböl fester, loco 10⅓ Rt Br., April-Mai 10⅙ Rt Br., 10 1/12 Gd., Mai-Juni 10⅙ Rt Br., Septbr.-Oktober 10½ Rt Br., 5/12 Gd.

Leinsaat Pernauer loco 13, 13⅙ Rt bez.

Spiritus fest und etwas höher, loco ohne Faß 20⅓, ⅜, 5/12 bez., Frühjahr 20 1/12 Gd., Mai-Juni 20⅙ Rt bez. u. Gd., Juni-Juli 20 5/12 Rt Gd., Juli-August 20⅔ Rt Gd., August-Sept. 20⅞ Rt bez., ⅚ Gd.

Angemeldet. 200 Wspl. Roggen.

Regulirungs-Preise: Weizen 104¾, Roggen 72¼, Hafer 38, Rüböl 10⅙, Spiritus 20 1/12.

**Berlin**, 17. April, 2 Uhr 4 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 81⅛ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95⅝ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93⅜ bez. Oesterr. National-Anleihe 54¼ bez. Pomm. Pfandbriefe 85⅝ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186¾ bez. Amerikaner 76¼ bez.

Weizen pr. April-Mai 91¾, ½ bez. Roggen pr. April-Mai 69½, 70¼ bez, Mai-Juni 69¼ bez., 69¾ Gd., Juni-Juli 68, 68¼ bez. Rüböl loco 10⅜ bez., April-Mai 10⅓, 7/24 bez., Septbr.-Oktober 10 7/12 bez. Spiritus loco 20 bez., April-Mai 19 11/12, ⅚ bez., Mai-Juni 19 11/12, ⅞ bez., Juni-Juli 20¼, ⅙ bez.

**Hamburg**, 16. April. Getreidemarkt. Roggen loco und auf Termine sehr still, Termine ab auswärts flau. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 177 Bankothaler Br., 176 Gd., per Frühjahr 177 Br., 176 Gd., pr. Juli-August 170 Br. u. Gd. Roggen pr. April 5000 Pfd. Brutto 130½ Br., 129½ Gd., per Frühjahr 129 Br., 128 Gd., per Juli-August 116 Br., 115 Gd. Hafer stille. Rüböl ruhig, loco 23½, Mai 23½, per Oktober 23¾. Spiritus sehr stille. Kaffee behauptet, verkauft 2366 Sack Santos schwimmend. Zink stille. — Regenwetter.

**Amsterdam**, 16. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine niedriger, per Mai 279½, pr. Juni 274½, pr. Juli 270.

**Stettin**, den 17 April

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hamburg | 6 Tag. | 151⅝ bz | St. Börsenhaus-O. | 4 | — |
| " | 2 Mt. | 151⅛ B | St. Schauspielh.-O. | 5 | — |
| Amsterdam | 8 Tag. | 143⅝ B | Pom. Chausseeb.-O. | 5 | — |
| " | 2 Mt. | — | Used. Woll. Kreis-O. | 5 | — |
| London | 10Tag. | 6 25⅛ bz | Pr. National-V.-A. | 4 | 116½ B |
| " | 3 Mt. | 6 24⅛ B | Pr. See-Assecuranz | 4 | 750 B |
| Paris | 10 Tg. | 81 7/12 G | Pomerania | 4 | 116 B |
| " | 2 Mt. | — | Union | 4 | 104 G |
| Bremen | 3 Mt. | — | St. Speicher-A. | 5 | — |
| St. Petersbg. | 3 Wch. | 93⅛ G | Ver.-Speicher-A. | 5 | — |
| Wien | 8 Tag. | — | Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | 1050 B |
| " | 2 Mt. | — | N. St. Zuckersied. | 4 | — |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. 4½ % | Mesch. Zuckerfabrik | 4 | — |
| Sts.-Anl.5457 | 4½ | — | Bredower " | 4 | — |
| " " | 5 | — | Walzmühle | 5 | — |
| St.-Schldsch. | 3½ | — | St. Portl.-Cementf. | 4 | — |
| P. Präm.-Anl. | 3½ | — | St. Dampfschlepp G. | 5 | — |
| Pomm. Pfdbr. | 3½ | — | St. Dampfschiff-V. | 5 | — |
| " " | 4 | — | Neue Dampfer-C. | 4 | 96 B |
| " Rentenb. | 4 | — | Germania | | 101 B |
| Ritt. P.P.B.A. | 4 | — | Vulkan | | 118 B |
| Berl.-St. E. A. | 4 | — | St. Dampfmühle | 4½ | 114 B |
| " Prior. | 4 | — | Pommerensd. Ch. F. | 4 | — |
| " " | 4½ | — | Chem. Fabrik-Ant. | 4 | — |
| Starg.-P. E. A. | 4½ | — | St. Kraftdünger-F. | — | — |
| " Prior. | 4 | — | Gemeinn. Bauges. | 5 | — |
| St. Stadt-O. | 4½ | 94 B | | | — |